

Vor der 5. Direktwahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni 1999

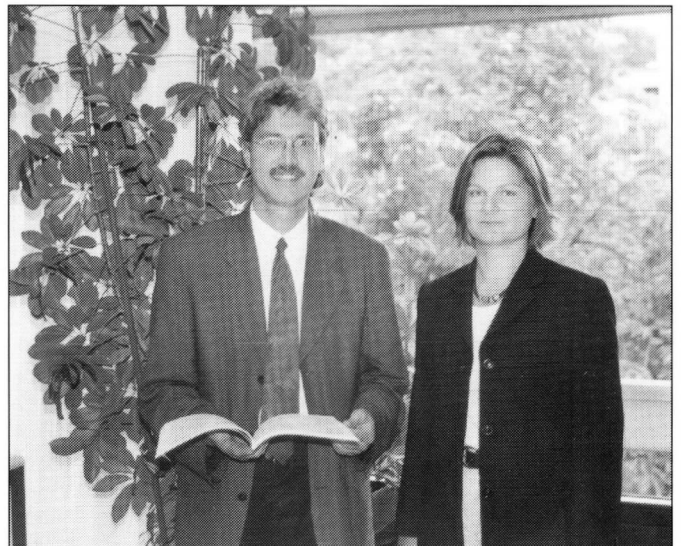
In der Zeit vom 10. bis zum 13. Juni 1999 findet in den derzeit 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union die 5. Direktwahl zum Europäischen Parlament statt. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Europawahl der erste bundesweite Urnengang nach der Bundestagswahl im vergangenen September. Die Wahl zum Europäischen Parlament, die in Deutschland am 13. Juni 1999 stattfinden wird, kann somit als erster bundesweiter Stimmungstest nach der Bundestagswahl 1998 gesehen werden. Dabei wird es – neben europapolitischen Themen und Problemen – auch um die Frage gehen, ob die neue Bundesregierung in den Ergebnissen der Europawahl 1999 Bestätigung oder Kritik ihrer Politik erfährt.

Neben der ausführlichen Darstellung der Ergebnisse der Europawahlen seit 1979 werden auch die wahlrechtlichen Grundlagen erläutert. Hierbei wird der Frage nachgegangen, in welchem Umfang Bürger anderer Länder der Europäischen Union, die ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben, sich an der Wahl der deutschen Vertreter des Europäischen Parlaments beteiligt haben. Markante Ergebnisse aus der 1994 durchgeführten Repräsentativen Wahlstatistik zur Altersstruktur der Wählerschaft, über das geschlechtsspezifische Wahlverhalten sowie die Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht runden die Untersuchung ab.

Die politische Ausgangslage

Obwohl die neugewählte rot-grüne Bundesregierung bereits in den ersten Monaten ihrer Amtszeit einige ihrer Wahlversprechen einlöste (Kindergelderhöhung, Rückkehr zur vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Aussetzung der Rentenkürzung), wurde ihre Arbeit in den Medien eher zurückhaltend beurteilt. So standen in den ersten 100 Tagen der rot-grünen Regierung in Bonn vor allem drei Themen im Vordergrund der öffentlichen Diskussion: die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft, der Ausstieg aus der Atomenergie und die Änderungen bei der geringfügigen Beschäftigung. Bei diesen drei Punkten – insbesondere beim Thema doppelte Staatsbürgerschaft – war das Echo in der Öffentlichkeit überwiegend negativ. Die Oppositionsparteien CDU und F.D.P. übten vor allem hier erhebliche Kritik. Beim Vorhaben der Regierungsparteien, die doppelte Staatsbürgerschaft einzuführen, beanspruchte die CDU mit ihrer ablehnenden Position die Meinungsführerschaft für sich. Auf der anderen Seite rückten das „Bündnis für Arbeit“ und die Schaffung neuer Arbeitsplätze angesichts dieser „dominanten“ politischen Konfliktbereiche tendenziell in den Hintergrund. In den Meinungsumfragen bekamen SPD und GRÜNE wenige Monate nach der Bundestagswahl denn auch eher durchschnittliche Noten. Insofern wurde nicht zuletzt aufgrund der vorgenannten, in der Öffentlichkeit diskutierten Themen der Landtagswahl in Hessen am 7. Februar 1999 der Charakter einer ersten Testwahl zur Beurteilung der rot-grünen Regierung in Bonn zugeschrieben. In den letzten veröffentlichten Meinungsumfragen wurde für die rot-grüne Koalition in Hessen – bei allerdings abnehmender Tendenz – noch ein Vorsprung ausgewiesen. Das Wahlergebnis der Landtagswahl in Hessen am 7. Februar 1999 war dann schließlich für das rot-grüne Bündnis in Bonn ein herber Denkkettel. Die leichten Gewinne der SPD konnten die starken Verluste der GRÜNEN nicht annähernd ausgleichen. Die Gewinnerin dieser Wahl war eindeutig die CDU, die unter anderem nicht zuletzt mit der Ablehnung der von der rot-grünen Bundesregierung geplanten doppelten Staatsbürgerschaft ihr Wählerpotential offenbar stark mobilisieren und erheblich Stimmen hinzugewinnen konnte.

Seit Ende März beherrschen die Ereignisse im Kosovo weitgehend die Medienberichterstattung. Obwohl die Politik der Bundesregierung im Kosovokonflikt von einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung getragen wird, ist laut Meinungsumfragen



Die Autoren: Lic. rer. reg. Joachim Werner ist Leiter des Referats "Volkszählung, Mikrozensus, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen, Wahlen" im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Frau Monika Hin M.A. ist Referentin in diesem Bereich.

die politische Stimmung für die rot-grüne Regierung noch weiter gesunken, während die Unionsparteien in den Umfragen an Terrain gewinnen konnten. Ursächlich für dieses Stimmungstief dürften vor allem die in der Öffentlichkeit stark umstrittenen neuen Gesetze und Vorhaben der Regierungsparteien sein, wie zum Beispiel das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit, die Neuregelung der 630-Mark-Jobs, die verschiedenen Steuerkonzepte und die Probleme bei der Umsetzung eines „Bündnis für Arbeit“. Als zusätzliche Belastung dürften sich die Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionspartnern SPD und GRÜNE zu wichtigen politischen Fragen, wie zum Beispiel der Kosovokrise, der Atompolitik und der Gesundheitsreform, darstellen. Auch der überraschende Rücktritt von Oskar Lafontaine von allen Ämtern und die Begleitumstände der Demission fielen in dieses Stimmungstief. Bei den nun anstehenden Wahlen – den Bürgerschaftswahlen in Bremen am 6. Juni 1999 und der Europawahl am 13. Juni 1999 – wird es somit nicht nur um landes- bzw. europapolitische Themen und Probleme gehen, sondern es wird indirekt auch die Politik der Bundesregierung auf dem Prüfstand stehen.

Wahlsystem

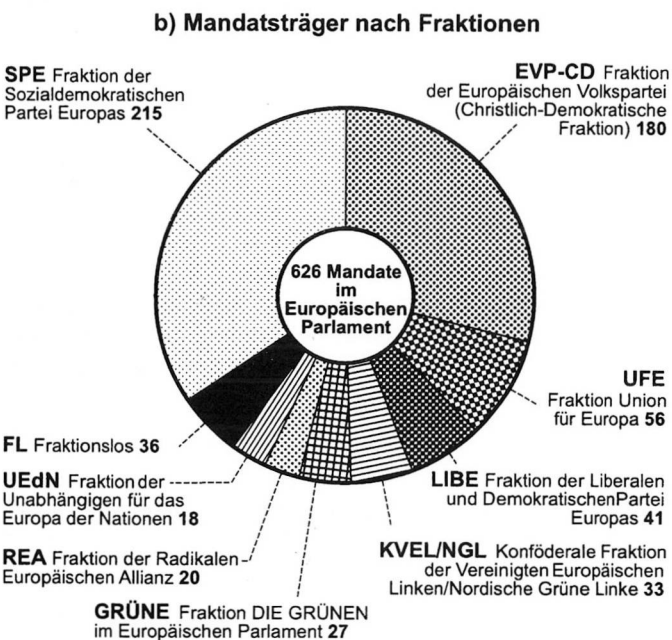
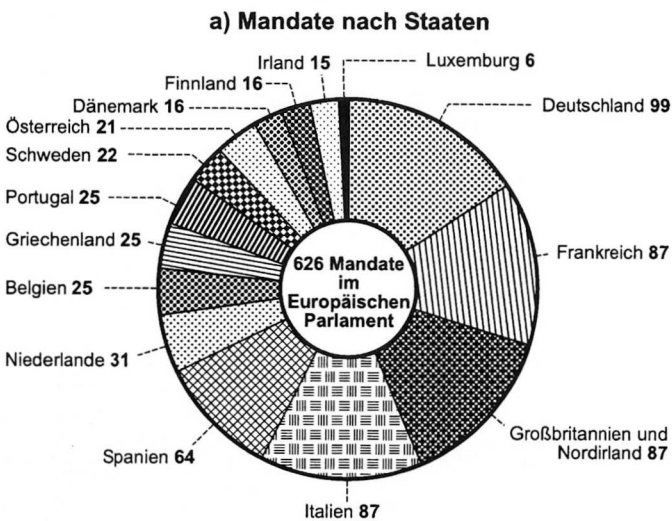
Seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) alle fünf Jahre die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Die Zahl der Abgeordneten, die ein Mitgliedstaat ins Europäische Parlament entsenden kann, ist abhängig von der Einwohnerzahl dieses Staates. Durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 ist die Einwohnerzahl der Bundesrepublik Deutschland um rund 17 Millionen Bürger angewachsen, was in der Sitzverteilung des Europaparlaments zu berücksichtigen war. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union einigten sich daraufhin auf eine neue Sitzverteilung (Schaubild 1): Die Zahl der deutschen Europaparlamentarier wurde von 81 auf 99 erhöht. Frankreich, Großbritannien und Italien erhielten je 87 Abgeordnete, also jeweils 6 zusätzliche Mandate. Belgien, Griechenland und Portugal konnten fortan jeweils 25 Abgeordnete entsenden, Spanien 64, die Nie-

derlande 31, Dänemark 16, Irland 15 und Luxemburg 6. Diese Neuregelung fand bei der Europawahl 1994 erstmals Anwendung, so daß 1994 insgesamt 567 Abgeordnete nach Straßburg kamen. Mit der Erweiterung der EU zum 1. Januar 1995 um Finnland (16 Europaabgeordnete), Schweden (22) und Österreich (21) erhöhte sich die Zahl der Abgeordneten im Europäischen Parlament auf 626.

Bei der Mandatsaufteilung sind die kleinen Länder allerdings bewußt stärker repräsentiert als die großen, die allein schon aufgrund ihrer Wirtschaftskraft mehr Einfluß haben. So vertritt ein deutscher Europaabgeordneter derzeit etwa 800 000 Bürgerinnen und Bürger, bei seinen Kollegen aus Luxemburg sind es nur etwa 68 000. Eine gleichmäßige proportionale Vertretung ist aufgrund der großen Unterschiede in der Bevölkerungsgröße kaum praktikabel. Die kleinen Staaten – Luxemburg hat derzeit sechs Abgeordnete in Straßburg – würden damit noch weniger Abgeordnete stellen.

Schaubild 1

Abgeordnete des Europäischen Parlaments Stand: 1. Januar 1995



Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

161 99

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments sind in übernationale Fraktionen zusammengeschlossen. Diese setzen sich nicht nach dem Herkunftsland, sondern nach der Zugehörigkeit zu politischen Gruppen zusammen. Im gegenwärtigen Europaparlament gibt es 8 Fraktionen (Schaubild 1). Die derzeit größten und damit einflußreichsten Fraktionen bilden die der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) mit 215 Mandaten, gefolgt von der der Europäischen Volkspartei (Christlich-Demokratische Fraktion; EVP-CD) mit 180 Sitzen. Die Fraktion der Liberalen und Demokratischen Partei Europas stellt 41 Abgeordnete und die der GRÜNEN im Europäischen Parlament 27.

Bei Wahlen zum Europäischen Parlament wählt jeder Mitgliedstaat seine Europaabgeordneten nach nationalem Recht. Ein einheitliches Wahlrecht für alle EU-Staaten wird zwar angestrebt, ist aber bislang noch nicht zustande gekommen. In Deutschland ist die Europawahl – anders als bei der Bundestagswahl, bei der ein Mischsystem aus Mehrheitswahl und Verhältniswahl zur Anwendung kommt – eine reine Verhältniswahl: jeder Wähler hat eine Stimme. Die Parteien können Wahlvorschläge in Form von Listen für einzelne Bundesländer (Landeslisten) oder einer gemeinsamen Liste für alle Länder (Bundeslisten) aufstellen. Während die Unionsparteien CDU und CSU bislang bei allen Europawahlen Landeslisten einreichen, haben die meisten anderen Parteien immer auf Bundeslisten kandidiert. Die Sitzverteilung erfolgt – wie bei Bundestagswahlen – nach dem Verfahren *Niemeyer*, wobei nur Wahlvorschläge berücksichtigt werden, die mindestens 5 % der gültigen Stimmen erhalten haben.

Seit der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht im Jahr 1992 können die Bürger der Europäischen Union nicht nur in ihrem Heimatland das aktive und passive Wahlrecht bei Europawahlen ausüben, sondern auch in einem anderen EU-Mitgliedstaat, sofern sie dort ihren Wohnsitz haben. Das bedeutet, daß nicht nur die deutschen Staatsbürger, sondern auch die Bürger anderer Länder der Europäischen Union, die ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben (sogenannte Unionsbürger), an den Wahlen der deutschen Vertreter des Europäischen Parlaments teilnehmen können. Diese Regelung fand bei der Europawahl 1994 erstmals Anwendung. Um an der Europawahl teilnehmen zu können, mußten sich die Unionsbürger in das Wählerverzeichnis ihrer Wohnsitzgemeinde eintragen lassen.

Wie die folgenden Zahlen zeigen, machten bei der Europawahl 1994 allerdings nicht allzu viele Unionsbürger von dieser Möglichkeit Gebrauch. So ließen sich von den bundesweit rund

Tabelle 1

Ergebnisse der Europawahlen in Baden-Württemberg seit 1979

Tag der Wahl	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	Gültige Stimmen		Davon													
						CDU		SPD		GRÜNE		REP		F.D.P.		PDS		Sonstige	
						1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
10. Juni 1979 ...	6 271,7	3 715,2	59,2	3 682,4	99,1	1 925,5	52,3	1 263,0	34,3	167,5	4,5	-	-	299,9	8,1	-	-	26,5	0,7
17. Juni 1984 ...	6 641,1	3 203,5	48,2	3 161,2	98,7	1 609,8	50,9	863,0	27,3	319,6	10,1	-	-	224,2	7,1	-	-	144,7	4,6
18. Juni 1989 ...	6 953,7	4 058,3	58,4	4 013,9	98,9	1 577,2	39,3	1 166,8	29,1	400,7	10,0	348,4	8,7	288,8	7,2	-	-	232,0	5,8
12. Juni 1994 ...	7 197,5	4 782,7	66,4	4 557,7	95,3	1 912,5	42,0	1 210,5	26,6	600,4	13,2	271,0	5,9	235,2	5,2	23,1	0,5	305,1	6,7

1,2 Mill. potentiell wahlberechtigten Unionsbürgern nur 80 000, also knapp 7 % in das Wählerverzeichnis eintragen. In Baden-Württemberg lag die Zahl der wahlberechtigten EU-Ausländer bei knapp 260 000. Einen Antrag auf Aufnahme in das Wählerverzeichnis stellte jedoch lediglich eine kleine Minderheit von rund 11 000 Personen (4,4 %). In Baden-Württemberg war die Resonanz der Unionsbürger in Heidelberg, wo sich knapp 12 % der Unionsbürger ins Wählerverzeichnis aufnehmen ließen, am stärksten. Am geringsten war sie in Pforzheim mit 0,9 %. Auch in der Landeshauptstadt Stuttgart war das Interesse der Unionsbürger, in Deutschland an der Europawahl teilzunehmen, eher gering: Lediglich 1,9 % der in Stuttgart ansässigen Unionsbürger beantragten die Aufnahme in das Wählerverzeichnis.

Die Gründe für die geringe Resonanz auf dieses Angebot sind nicht bekannt. Vermutlich ist – ebenso wie bei den deutschen Wahlberechtigten – auch bei den Bürgern aus den anderen EU-Ländern das Interesse an Europawahlen nicht besonders ausgeprägt. Außerdem besteht für diesen Personenkreis zusätzlich die Möglichkeit, in ihren Heimatländern per Briefwahl an der Europawahl teilzunehmen. Schließlich ist nicht auszuschließen, daß vielen Unionsbürgern die Möglichkeit der Teilnahme an der Europawahl in Deutschland noch nicht bekannt war. Sollte die mangelnde Information dafür verantwortlich sein, daß sich 1994 nur vergleichsweise wenige Unionsbürger in das Wählerverzeichnis ihrer Wohnsitzgemeinde in Deutschland eintragen ließen, dann könnte für die Europawahl 1999 mit einem höheren Bekanntheitsgrad dieser Regelung und damit auch mit einer steigenden Antragsquote zu rechnen sein.

Europawahlen in Baden-Württemberg seit 1979 – ein Rückblick

Wahlbeteiligung

Da das Europäische Parlament derzeit nur einen relativ geringen Einfluß auf die europäische Politik hat, stellen Europawahlen in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger eine Wahl dar, deren Ergebnis kaum Auswirkungen auf die Entscheidungen in der Europäischen Union hat. Dies hat zur Folge, daß bei Europawahlen wesentlich weniger Bürgerinnen und Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen als bei Bundestags- und Landtagswahlen. So lag im Zeitraum zwischen 1979 und 1998 die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen bei durchschnittlich knapp 83 % und bei Landtagswahlen bei ca. 71 %. Bei Europawahlen hingegen beteiligten sich im Durchschnitt lediglich rund 58 % der wahlberechtigten Baden-Württemberger.

Bereits im Vorfeld der 1. Direktwahl zum Europäischen Parlament 1979 wurde ein nur geringes Interesse der Wahlberechtigten befürchtet, eine Sorge, die sich schließlich auch bewahrheiten soll-

te: Lediglich rd. 59 % der wahlberechtigten Baden-Württemberger nahmen 1979 an der Europawahl teil (Tabelle 1). Diese bereits sehr geringe Beteiligungsquote wurde bei der Europawahl 1984 sogar noch unterschritten: Mit einer Beteiligungsquote von ca. 48 % kam es in Baden-Württemberg zu einem Negativrekord. Bei der Europawahl 1989 stieg die Wahlbeteiligung wieder auf rund 58 % an, und bei der letzten Europawahl 1994 gaben in Baden-Württemberg mit über 66 % so viele Wahlberechtigte wie nie zuvor ihre Stimme bei einer Europawahl ab. Allerdings war dieser Rekord weniger das Ergebnis eines besonderen Interesses der Baden-Württemberger für Europapolitik als vielmehr ein Effekt der gleichzeitig abgehaltenen Kommunalwahlen im Land. Die Bereitschaft der Bürger, an einer Wahl teilzunehmen, steht in einem direkten Zusammenhang mit der politischen Bedeutung, die dem zu wählenden Parlament beigemessen wird. Europawahlen zählen nach Ansicht vieler Bürger nicht zu den besonders wichtigen Wahlen, was in den niedrigen Wahlbeteiligungsquoten deutlich zum Ausdruck kommt. Da sich – in den Augen der meisten Bürgerinnen und Bürger – die politische Bedeutung des Europaparlaments in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert hat, ist auch für die anstehende Europawahl 1999 mit einer – im Vergleich zu Bundestags- und Landtagswahlen – niedrigen Wahlbeteiligung zu rechnen. Hierbei ist zusätzlich zu berücksichtigen, daß 1999 die Europawahlen in Baden-Württemberg nicht am gleichen Tag wie die Kommunalwahlen stattfinden. Damit entfällt im Vergleich zu 1994 ein wichtiger, die Wahlbeteiligung stimulierender Effekt. Abzuwarten bleibt auch, wie sich die jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit dem Rücktritt der EU-Kommission auswirken werden. Verschiedentlich wurden die Vorkommnisse von Beobachtern auch als Stärkung des Europäischen Parlaments gewertet.

Das Abschneiden der Parteien

Betrachtet man die Wahlergebnisse der Parteien bei den bisherigen Europawahlen in Baden-Württemberg, so wird deutlich, daß die beiden großen Volksparteien CDU und SPD von Wahl zu Wahl weniger Rückhalt in der Wählerschaft fanden. Bei der Europawahl 1979 entfielen noch nahezu 87 % der gültigen Stimmen allein auf diese beiden Parteien, 1994 hingegen gaben gerade noch knapp 69 % der baden-württembergischen Wähler ihre Stimme den Christ- bzw. Sozialdemokraten. Von dieser Entwicklung profitiert haben in erster Linie die GRÜNEN, in geringerem Maße auch die REPUBLIKANER und die sonstigen Parteien. Der schwindende Wahlerfolg der großen Volksparteien CDU und SPD bei gleichzeitig wachsenden Stimmenanteilen für die GRÜNEN, die REPUBLIKANER und die sonstigen Parteien war nicht nur bei Europawahlen, sondern – etwas weniger ausgeprägt und abgesehen von Sonderentwicklungen – auch bei Bundestagswahlen und Landtagswahlen zu beobachten.

Die Ursachen dieser Entwicklung werden vor allem in der Unzufriedenheit der Wähler mit den etablierten Parteien gesehen,

was Wahlerfolge von neugegründeten Parteien wie den GRÜNEN und den REPUBLIKANERN zur Folge hatte und zu einer steigenden Zahl von kandidierenden Parteien führte. Eine wachsende Distanz der Bürger zu den Volksparteien CDU und SPD ist zwar – wie erwähnt – auch bei Bundestags- und Landtagswahlen zu beobachten. Bei Europawahlen äußert sich die Unzufriedenheit der Bürger mit den etablierten Parteien besonders deutlich: Anders als bei Bundestags- und Landtagswahlen resultiert aus Europawahlen keine Regierungsbildung. Damit bietet sich den Wählern bei Europawahlen eher die Möglichkeit, auch Unzufriedenheit und Protest zu äußern, ohne daß diese Wahlentscheidung Folgen auf nationaler Ebene nach sich zieht.

CDU

Bei den beiden ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979 und 1984 war es der CDU noch gelungen, die absolute Mehrheit der Wähler in Baden-Württemberg hinter sich zu bringen. Bei der Europawahl 1989 mußten die Christdemokraten dann erdrutschartige Verluste hinnehmen: Ihr Stimmenanteil sackte von knapp 51 % auf gerade noch 39,3 % ab (Tabelle 1). Zu diesem Zeitpunkt war dies das schlechteste Ergebnis, das die baden-württembergische CDU jemals bei einer Europa-, Landtags- oder Bundestagswahl erzielt hatte. Lediglich bei der ersten Bundestagswahl 1949 war die CDU unter der 40%-Marke geblieben. Als mitbestimmend für die Wahlniederlage der CDU bei der Europawahl 1989 wurde in den damaligen Wahlanalysen der Wahlerfolg der REPUBLIKANER angesehen. Die Rechtspartei, die 1989 erstmals bei einer Wahl zum Europäischen Parlament kandidiert hatte, bekam in Baden-Württemberg auf Anhieb 8,7 % der gültigen Stimmen. Bei der Europawahl 1994 holte die Union wieder etwas auf: Zwar war sie mit einem Stimmenanteil von 42 % weit von ihren einstigen Wahlsiegen entfernt, immerhin konnte sie jedoch den Abwärtstrend der vorherigen Europawahlen stoppen und erstmals wieder Gewinne verbuchen.

SPD

Obwohl die CDU bei den Europawahlen 1984 und 1989 Wähler verloren hatte, gelang es der SPD nicht, als große Oppositionspartei ein Sammelbecken für die Wähler zu bieten, die mit der Regierungspartei CDU unzufrieden waren. So mußten die Sozialdemokraten, die bei der ersten Europawahl 1979 immerhin rund 34 % der Stimmen bekommen hatten, 1984 sogar noch größere Verluste hinnehmen als die Rivalin CDU: Während die CDU nur 1,4 Prozentpunkte Rückgang verzeichnete, verlor die SPD volle 7 Prozentpunkte und kam nur noch auf 27,3 % der gültigen Stimmen. Und bei der Europawahl 1989 waren es überraschenderweise nicht die Sozialdemokraten, die von den hohen Verlusten der Union profitierten, sondern allem Anschein nach die REPUBLIKANER. Bei der Europawahl 1994 mußte die SPD schließlich erneut eine schwere Wahlniederlage hinnehmen: Mit 26,6 % erzielte sie ihr bislang schlechtestes Ergebnis bei allen bisherigen Europawahlen.

F.D.P.

Ebenso wie die CDU und die SPD hatten auch die Liberalen bei den bisherigen Europawahlen einen Wählerschwund hinzunehmen. Bei der ersten Europawahl 1979 gaben noch 8,1 % der Wähler in Baden-Württemberg ihre Stimme den Liberalen. 1984 und 1989 kamen die Freien Demokraten nur noch auf gut 7 % der gültigen Stimmen, und 1994 ging der Stimmenanteil der F.D.P. erneut zurück: Nur noch 5,2 % der Stimmen entfielen auf die Liberalen. Diese Abwärtsentwicklung hatte zur Folge, daß

die baden-württembergische F.D.P., die 1979 bei der Europawahl noch die Position der dritten Kraft im Lande innegehabt hatte, 1984 auf Platz 4 hinter die GRÜNEN zurückfiel und seit 1989 sogar nur noch Platz 5 – nach den GRÜNEN und den REPUBLIKANERN – einnimmt.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Anders als die Christdemokraten, die SPD und die Liberalen haben die GRÜNEN bei den bisherigen Europawahlen in Baden-Württemberg eine durchaus erfolgreiche Bilanz vorzuweisen: Bereits bei der Europawahl 1979, bei der die GRÜNEN erstmals an einer Parlamentswahl in Baden-Württemberg teilnahmen, kamen sie aus dem Stand auf 4,5 % der Stimmen – ein Ergebnis, welches die GRÜNEN durchaus als Achtungserfolg verbuchen können. Bei der darauffolgenden Wahl zum Europäischen Parlament 1984 gelang den GRÜNEN erneut ein spektakulärer Wahlerfolg, indem sie ihren Stimmenanteil mit einem Ergebnis von gut 10 % mehr als verdoppeln konnten. 1989 stagnierte der Stimmenanteil der GRÜNEN, bei der Europawahl 1994 hingegen verzeichneten sie erneut erhebliche Stimmengewinne und kamen auf 13,2 %.

DIE REPUBLIKANER

Die REPUBLIKANER haben 1989 erstmals bei einer Europawahl kandidiert. Trotzdem wurde ihr Abschneiden mit großer Spannung erwartet, hatten sie doch zuvor bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus bereits 7,5 % der gültigen Stimmen erhalten und auch bei Wählerumfragen teilweise beachtliche Werte erzielt. Ferner gab es Stimmen, die in der Europawahl 1989 eine Möglichkeit des Protests gegen bestimmte Aspekte der Politik auf den Feldern „Ausländer, Asylanten und Aussiedler“ sahen. Insofern war der Wahlerfolg der REPUBLIKANER – sie kamen in Baden-Württemberg auf 8,7 % – nicht einmal so überraschend. Mit diesem Wahlergebnis haben die REPUBLIKANER die Liberalen im ersten Anlauf glatt überflügelt und sie von ihrem Platz als viertstärkste politische Kraft verdrängt. Bei der Europawahl 1994 hatten die REPUBLIKANER zwar deutliche Verluste und kamen nur noch auf 5,9 % der gültigen Stimmen, dennoch gelang es ihnen, ihren vierten Platz in der Rangordnung der Parteien zu verteidigen.

Sonstige

Zu den besonders auffälligen Entwicklungen bei den Wahlen der letzten Jahre gehört der stark angewachsene Stimmenanteil der sonstigen Parteien. So ist der Anteil, der auf sonstige Parteien entfällt, seit Mitte der 80er Jahre bei allen Wahlen – bei Bundestagswahlen, Landtagswahlen und Europawahlen – sprunghaft angestiegen. Allerdings zeigt sich, daß die sonstigen Parteien bei Europawahlen deutlich mehr Stimmen bekommen als bei Bundestags- und Landtagswahlen. So entfielen seit Mitte bzw. Ende der 80er Jahre in Baden-Württemberg bei Bundestagswahlen zwischen 2,1 % und 4,5 % der gültigen Zweitstimmen auf sonstige Parteien, bei Landtagswahlen zwischen 0,5 % und 4,8 %, bei Europawahlen hingegen zwischen 4,6 % und 6,7 %. Die Ursache dafür, daß bei Wahlen zum Europäischen Parlament besonders viele Wähler die nicht im Landtag bzw. im Bundestag vertretenen Parteien unterstützen, dürfte in der vergleichsweise schwachen Position des Europaparlaments im Machtgefüge der europäischen Institutionen mitbegründet sein. So tendieren bei Europawahlen viele Wähler dazu, nicht koalitionstaktisch, sondern eher weltanschaulich intendiert zu wählen, was zum Teil den kleinen Parteien zugute kommt.

Tabelle 2

Stimmabgabe bei der Europawahl 1994 in Baden-Württemberg mit Vergleichsangaben von 1989 nach Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik

Bezeichnung	Wahljahr Veränderung (V) Anteil (A)	Einheit	Männer zu- sammen	Davon im Alter von ... bis ... Jahren					Frauen zu- sammen	Davon im Alter von ... bis ... Jahren				
				18 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 59	60 und mehr		18 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 59	60 und mehr
Wähler ¹⁾	1994	1 000	2 061,5	182,0	411,8	391,9	571,2	504,6	2 227,3	167,4	402,3	394,0	576,5	687,1
	1989	1 000	1 717,1	223,8	331,7	256,0	487,1	418,5	1 828,5	189,4	293,1	251,2	477,3	617,5
Ungültige Stimmen ¹⁾ ..	1994	1 000	99,1	4,1	10,7	15,3	28,5	40,4	102,5	3,0	10,7	12,3	25,3	51,1
	1989	1 000	15,1	1,5	2,1	2,0	4,2	5,4	18,0	2,0	2,3	1,9	4,5	7,3
Gültige Stimmen ¹⁾	1994	1 000	1 962,4	177,9	401,0	376,6	542,7	464,2	2 124,7	164,3	391,6	381,7	551,2	636,0
	1989	1 000	1 702,0	222,3	329,6	254,1	482,9	413,1	1 810,4	187,4	290,7	249,3	472,8	610,2
	V ²⁾	%	+ 15,3	- 20,0	+ 21,7	+ 48,2	+ 12,4	+ 12,4	+ 17,4	- 12,3	+ 34,7	+ 53,1	+ 16,6	+ 4,2
davon														
CDU	1994	1 000	792,3	60,7	121,4	128,3	244,9	237,0	924,4	48,6	114,1	136,0	260,3	365,4
	A	%	40,4	34,1	30,3	34,1	45,1	51,1	43,5	29,6	29,1	35,6	47,2	57,5
	1989	1 000	620,3	56,7	84,4	85,3	198,8	195,0	757,5	50,7	75,5	89,1	212,6	329,6
	A	%	36,4	25,5	25,6	33,6	41,2	47,2	41,8	27,1	26,0	35,7	45,0	54,0
	V	%-Punkte	+ 4,0	+ 8,6	+ 4,7	+ 0,5	+ 3,9	+ 3,9	+ 1,7	+ 2,5	+ 3,1	- 0,1	+ 2,2	+ 3,5
SPD	1994	1 000	534,7	34,9	104,6	108,6	157,2	129,4	581,4	39,7	105,3	106,7	154,0	175,6
	A	%	27,2	19,6	26,1	28,8	29,0	27,9	27,4	24,2	26,9	28,0	27,9	27,6
	1989	1 000	498,6	60,7	101,5	77,9	145,9	112,6	549,1	57,7	92,5	80,7	144,6	173,6
	A	%	29,3	27,3	30,8	30,7	30,2	27,3	30,3	30,8	31,8	32,4	30,6	28,4
	V	%-Punkte	- 2,1	- 7,7	- 4,7	- 1,9	- 1,2	+ 0,6	- 2,9	- 6,6	- 4,9	- 4,4	- 2,7	- 0,8
GRÜNE	1994	1 000	225,5	31,3	80,4	62,0	40,1	11,6	282,6	39,9	100,7	74,8	48,6	18,7
	A	%	11,5	17,6	20,0	16,5	7,4	2,5	13,3	24,3	25,7	19,6	8,8	2,9
	1989	1 000	154,8	34,8	63,3	30,3	19,3	7,1	169,9	37,3	69,2	30,7	23,7	8,9
	A	%	9,1	15,6	19,2	11,9	4,0	1,7	9,4	19,9	23,8	12,3	5,0	1,5
	V	%-Punkte	+ 2,4	+ 2,0	+ 0,8	+ 4,6	+ 3,4	+ 0,8	+ 3,9	+ 4,4	+ 1,9	+ 7,3	+ 3,8	+ 1,4
REP	1994	1 000	173,1	17,5	33,5	31,8	44,6	45,8	82,4	6,7	15,0	15,2	22,4	23,1
	A	%	8,8	9,8	8,3	8,4	8,2	9,9	3,9	4,1	3,8	4,0	4,1	3,6
	1989	1 000	207,7	31,3	38,1	29,7	60,5	47,9	113,2	13,3	19,0	16,6	30,9	33,5
	A	%	12,2	14,0	11,6	11,7	12,5	11,6	6,3	7,1	6,5	6,7	6,5	5,5
	V	%-Punkte	- 3,4	- 4,2	- 3,3	- 3,3	- 4,3	- 1,7	- 2,4	- 3,0	- 2,7	- 2,7	- 2,4	- 1,9
F.D.P.	1994	1 000	89,4	8,7	18,3	16,3	26,6	19,5	103,5	8,5	17,1	18,9	31,7	27,3
	A	%	4,6	4,9	4,6	4,3	4,9	4,2	4,9	5,1	4,4	5,0	5,7	4,3
	1989	1 000	106,2	13,2	16,8	17,9	34,2	24,1	115,9	10,3	15,0	18,6	35,4	36,7
	A	%	6,2	5,9	5,1	7,0	7,1	5,8	6,4	5,5	5,2	7,5	7,5	6,0
	V	%-Punkte	- 1,6	- 1,0	- 0,5	- 2,7	- 2,2	- 1,6	- 1,5	- 0,4	- 0,8	- 2,5	- 1,8	- 1,7
Sonstige	1994	1 000	147,5	24,8	42,9	29,7	29,2	20,8	150,4	21,0	39,3	30,0	34,1	26,0
	A	%	7,5	13,9	10,7	7,9	5,4	4,5	7,1	12,8	10,0	7,9	6,2	4,1
	1989	1 000	114,4	25,6	25,5	13,0	24,2	26,4	104,8	18,1	19,5	13,6	25,6	27,9
	A	%	6,7	11,5	7,7	5,1	5,0	6,4	5,8	9,7	6,7	5,5	5,4	4,6
	V	%-Punkte	+ 0,8	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,8	+ 0,4	- 1,9	+ 1,3	+ 3,1	+ 3,3	+ 2,4	+ 0,8	- 0,5

1) Ohne Briefwähler. - 2) Veränderung 1994 gegenüber 1989 in %.

Hochburgen und Diasporagebiete der Parteien in Baden-Württemberg

Die politischen Kräfteverhältnisse in Baden-Württemberg haben sich seit der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament 1979 deutlich verschoben: Die großen Volksparteien CDU und SPD haben ebenso wie die F.D.P. an Rückhalt verloren, die GRÜNEN hingegen sind immer stärker geworden. Diese Entwicklung spiegelt sich sehr deutlich auch in den Hochburgen und Diasporagebieten der Parteien – das sind die sieben Stadt- und Landkreise, in denen die Parteien am besten bzw. am schlechtesten abgeschnitten haben – wider. So ist vor allem bei CDU und SPD, aber auch bei den Liberalen eine starke Tendenz des Abschleifens der Parteihochburgen zu beobachten. Bei der Europawahl 1979

erhielt die baden-württembergische CDU in ihren sieben Top-Wahlkreisen von zwei Dritteln der Wähler die Stimme, 1994 nur noch von rund der Hälfte. In den sozialdemokratischen Hochburgen sank der Rückhalt der SPD von gut 41 % bei der Europawahl 1979 auf 32 % im Jahr 1994, in den Hochburgen der Liberalen von 10,4 % auf 6,5 %. Die GRÜNEN hingegen konnten ihre Hochburgen stark ausbauen: 1979 bekamen sie dort gerade jede dreizehnte Wählerstimme, bei der letzten Europawahl 1994 bereits nahezu jede fünfte.

Trotz dieser Entwicklungen ist die regionale Verteilung der Hochburgen und Diasporagebiete der Parteien weitgehend konstant geblieben (*Schaubild 2*). So gehörten die im Süden Baden-Würt-

Geschlecht und Altersgruppen

Männer und Frauen insgesamt	Davon im Alter von ... bis ... Jahren				
	18 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 59	60 und mehr
4 288,7	349,3	814,1	785,9	1 147,7	1 191,7
3 545,6	413,2	624,7	507,3	964,4	1 036,0
201,6	7,1	21,5	27,6	53,9	91,5
33,2	3,5	4,5	3,9	8,7	12,7
4 087,2	342,2	792,6	758,3	1 093,8	1 100,2
3 512,4	409,8	620,3	503,4	955,7	1 023,3
+ 16,4	- 16,5	+ 27,8	+ 50,6	+ 14,5	+ 7,5
1 716,8	109,3	235,4	264,3	505,3	602,4
42,0	31,9	29,7	34,9	46,2	54,8
1 377,8	107,4	159,9	174,4	411,3	524,7
39,2	26,2	28,5	34,6	43,0	51,3
+ 2,8	+ 5,7	+ 3,9	+ 0,3	+ 3,2	+ 3,5
1 116,1	74,7	209,9	215,4	311,1	305,0
27,3	21,8	26,5	28,4	28,4	27,7
1 047,8	118,5	193,9	158,6	290,5	286,2
29,8	28,9	31,3	31,5	30,4	28,0
- 2,5	- 7,1	- 4,8	- 3,1	- 2,0	- 0,3
508,1	71,2	181,1	136,7	88,8	30,3
12,4	20,8	22,8	18,0	8,1	2,8
324,7	72,1	132,5	61,0	43,0	16,0
9,2	17,6	21,4	12,1	4,5	1,6
+ 3,2	+ 3,2	+ 1,4	+ 5,9	+ 3,6	+ 1,2
255,5	24,1	48,5	47,0	67,0	68,9
6,3	7,0	6,1	6,2	6,1	6,3
320,9	44,6	57,2	46,3	91,4	81,5
9,1	10,9	9,2	9,2	9,6	8,0
- 2,8	- 3,9	- 3,1	- 3,0	- 3,5	- 1,7
192,8	17,2	35,4	35,2	58,2	46,8
4,7	5,0	4,5	4,6	5,3	4,3
222,1	23,5	31,8	36,5	69,5	60,8
6,3	5,7	5,1	7,3	7,3	5,9
- 1,6	- 0,7	- 0,6	- 2,7	- 2,0	- 1,6
297,9	45,8	82,2	59,7	63,4	46,8
7,3	13,4	10,4	7,9	5,8	4,3
219,1	43,7	45,0	26,6	49,8	54,3
6,2	10,7	7,3	5,3	5,2	5,3
+ 1,1	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,6	+ 0,6	- 1,0

tembergs gelegenen Landkreise Biberach, Sigmaringen, Ravensburg, Tuttlingen und der Alb-Donau-Kreis sowie im Nordosten der Main-Tauber-Kreis bei jeder Europawahl seit 1979 zu den CDU-Spitzenreitern. Die Sozialdemokraten wiederum haben in diesen Kreisen bisher immer am schlechtesten abgeschnitten. Bei den sozialdemokratischen Dauer-Hochburgen handelt es sich um die im Norden des Landes gelegenen Stadtkreise Heilbronn, Karlsruhe, Mannheim und den Rhein-Neckar-Kreis. Die Grünen waren bislang bei jeder Direktwahl zum Europäischen Parlament in den Universitätsstandorten Freiburg, Heidelberg und Tübingen sowie in den südbadischen Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen am erfolgreichsten. Die REPUBLIKANER, die erstmals 1989 bei einer Europawahl kandidiert

haben, hatten sowohl 1989 als auch 1994 im Stadt- und Landkreis Heilbronn, in Heidenheim, Pforzheim, Göppingen und dem Enzkreis die meisten Wähler hinter sich bringen können. Bei beiden Wahlen am schwächsten waren die REPUBLIKANER in Südbaden, und zwar in den Kreisen Freiburg, Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Waldshut und Lörrach, sowie im nordbadischen Heidelberg. Die Liberalen fanden konstanten Rückhalt in der Region Stuttgart. Sie hatten bei jeder der bisherigen Europawahlen in der Landeshauptstadt Stuttgart sowie im Landkreis Böblingen und im Rems-Murr-Kreis ihre Top-Wahlergebnisse. Weitere dauerhafte F.D.P.-Hochburgen waren Reutlingen und der Hohelohekreis.

Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik der Europawahl 1994

Die amtliche Wahlstatistik verfügt zwar nicht über vor dem Wahltag ermittelte Umfragedaten der Wahlforschung zum mutmaßlichen Wahlverhalten und den einzelnen Einflußfaktoren für die Wahlentscheidung, sie besitzt allerdings mit der Repräsentativen Wahlstatistik ein ausgezeichnetes Instrument, mit dem zuverlässige Aussagen über die Altersstruktur der Wählerschaft einer Partei, über das geschlechtsspezifische tatsächliche Wahlverhalten sowie die Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht gemacht werden können.¹ Damit ist eindeutig, daß die Repräsentative Wahlstatistik nicht durch demoskopische Umfragen ersetzt werden kann. Da die Ergebnisse auf der tatsächlichen Stimmabgabe der Wähler sowie auf einer deutlich größeren Stichprobe beruhen, fallen die bereitgestellten Daten wesentlich genauer aus als jene der Wahlforschungsinstitute.

CDU verzeichnete 1994 die stärksten Gewinne bei den Jung- und Erstwählern

Der Wahlerfolg der CDU in Baden-Württemberg bei der Europawahl 1994 beruhte nach den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik nicht zuletzt auch auf starken Gewinnen bei den jüngeren Wählern. So erzielte die CDU in der Altersgruppe der Erst- und Jungwähler (18- bis 24jährige) gegenüber 1989 einen ansehnlichen Zuwachs von 5,7 Prozentpunkten (Tabelle 2). Auch in der Gruppe der 25- bis 34jährigen konnte sie noch eine Zunahme von knapp 4 Prozentpunkten aufweisen. Die CDU hat damit 1994 bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern vergleichsweise am stärksten zugelegt. Demgegenüber konnte sie sich bei den 35- bis 44jährigen (+ 0,3 Prozentpunkte) kaum verbessern. Bei den 45jährigen und älteren verbuchte sie einen Zuwachs um gut 3 Prozentpunkte. Interessant ist hierbei, daß die CDU auch bei der Landtagswahl 1996 in Baden-Württemberg in erster Linie bei den Jung- und Erstwählern (+ 7,4 Prozentpunkte) und in der Altersgruppe der 25- bis 34jährigen (+ 5,9 Prozentpunkte) verlorenes Terrain in nennenswertem Umfang zurückerobern konnte. Eine spannende Frage für die Europawahl 1999 wird demnach sein, ob die CDU die Zuwächse bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern halten oder sogar noch ausbauen kann.

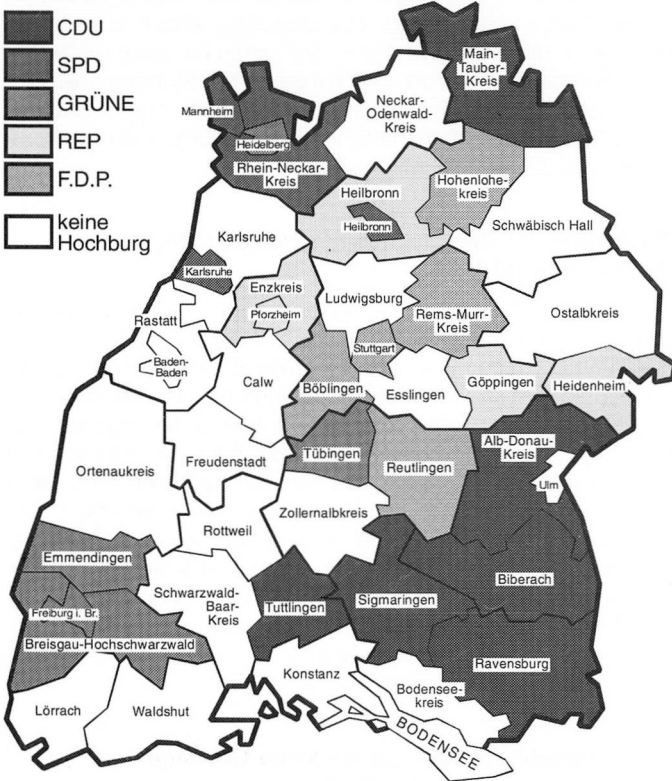
Herbe Verluste der SPD bei den jüngeren Wählern

Den Gewinnen der CDU standen spürbare Verluste der SPD bei den jüngeren Altersgruppen im Land gegenüber. Bei den 18- bis

¹ Abweichungen der tabellarischen Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik über die Zahl der Wähler gegenüber dem amtlichen Endergebnis resultieren daraus, daß in der Repräsentativen Wahlstatistik die Briefwähler bzw. die Wähler mit Wahrscheinlichkeit nicht enthalten sind.

Schaubild 2

Hochburgen der Parteien bei den Europawahlen in Baden-Württemberg seit 1979 nach Stadt- und Landkreisen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

163 99

24jährigen ging ihr Stimmenanteil um rund 7 Prozentpunkte und bei den 25- bis 35jährigen um knapp 5 Prozentpunkte zurück. In keiner Altersgruppe konnte sie Stimmenzuwächse erzielen. Am glimpflichsten schnitt die SPD mit einem leichten Minus von 0,3 Prozentpunkten noch bei den 60jährigen und älteren Wählern ab. Die SPD erzielte 1994 in keiner Altersgruppe einen Stimmenanteil von über 30 %, wobei sie mit Anteilen von knapp 22 % bzw. rund 27 % den geringsten Rückhalt bei den jüngeren Wählern zwischen 18 und 24 Jahren bzw. 25 und 34 Jahren fand.

Bei den Landtagswahlen 1996 in Baden-Württemberg verlor die SPD ebenfalls besonders stark bei den jüngeren Wählern. So büßte sie bei den 25- bis 34jährigen Wählern sogar über 7 Prozentpunkte ein. Für die SPD dürfte von besonderem Interesse sein, ob sie bei der Europawahl 1999 nach den Verlusten der Vergangenheit bei den jüngeren Wählern wieder eine stärkere Resonanz findet.

Höchste Zunahme der GRÜNEN bei den 35- bis 44jährigen

Zwar erstreckten sich die Gewinne der GRÜNEN über alle Altersgruppen, den mit Abstand höchsten Zuwachs erzielten sie allerdings mit einem Plus von knapp 6 Prozentpunkten bei den 35- bis 44jährigen. Mit Stimmenanteilen zwischen 18 % und rund 23 % behielten die GRÜNEN bei der Europawahl 1994 ihre hauptsächliche Anhängerschaft in den vergleichsweise jüngeren und mittleren Altersgruppen zwischen 18 und 44 Jahren. Sehr

schwach fiel dagegen die Resonanz der GRÜNEN bei den über 60jährigen aus. Hier konnten sie bei einer Zunahme von rund einem Prozentpunkt lediglich einen Stimmenanteil von 2,8 % erzielen. Eine ähnliche Tendenz mit relativ hohem Zuspruch bei den jüngeren und mittleren Altersgruppen und deutlich niedrigerem Stimmenanteil bei den älteren Wählern ergab sich auch bei der Landtagswahl 1996 in Baden-Württemberg. Besonders spannend ist im Hinblick auf den Wahlausgang für die GRÜNEN – auch vor dem Hintergrund von deutlichen Stimmeneinbußen in den jüngeren Altersgruppen bei der hessischen Landtagswahl im Februar 1999 –, ob die GRÜNEN weiterhin relativ starken Rückhalt bei den jüngeren Wählern haben werden.

REPUBLICANER werden wesentlich häufiger von Männern als von Frauen gewählt

Die REPUBLICANER mußten bei der Europawahl 1994 Verluste in allen Altersgruppen hinnehmen. Bei den Jung- und Erstwählern (18 bis 24 Jahre) verloren sie allerdings mit einem Minus von knapp 4 Prozentpunkten überdurchschnittlich. Auffällig war – wie bereits 1989 – die relativ homogene Altersstruktur der Anhängerschaft der REPUBLICANER, die in den einzelnen Altersgruppen auf einen jeweiligen Stimmenanteil von 6 % bis 7 % kamen. Bemerkenswerte Unterschiede sind indessen hinsichtlich des geschlechtsspezifischen Wahlverhaltens der Wählerschaft der REPUBLICANER festzustellen, denn mit einem Stimmenanteil von knapp 9 % wählten Männer mehr als doppelt so häufig wie Frauen die REPUBLICANER.

F.D.P. verlor am stärksten bei der Altersgruppe der 35- bis 60jährigen

Ebenso wie die REPUBLICANER verzeichnete auch die F.D.P. Einbußen in allen Altersgruppen. Mit minus 2,7 Prozentpunkten verlor sie am stärksten in der mittleren Altersgruppe der 35- bis 44jährigen. Überdurchschnittlich fielen mit einem Rückgang von 2 Prozentpunkten auch die Verluste bei den 45- bis 59jährigen aus. Damit verzeichnete die F.D.P. in den Altersgruppen, in denen sie bisher den größten Rückhalt fand, die kräftigsten Abnahmen. Die Stimmenanteile glichen sich in den einzelnen Altersgruppen einander an und bewegten sich in einer Spannweite von 4,3 % bis 5,3 %.

Deutlich höhere Wahlbeteiligung bei den älteren Wählern

Das Thema „Wahlmüdigkeit“ und das Desinteresse der Wähler an den Europawahlen wird immer wieder intensiv diskutiert. Auch in Baden-Württemberg war bei Bundestags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen in den 80er Jahren ein tendenzieller Rückgang der Wahlbeteiligung festzustellen.

Die Ergebnisse der Wahlstichprobe zeigen dabei – wie schon bei anderen Wahlen – die deutliche Tendenz: Je älter die Wahlberechtigten sind, desto höher fällt die Wahlbeteiligung aus. So erreicht die Beteiligungsquote bei den unter 35jährigen – mit Ausnahme der 18- bis 20jährigen (64 %), wie *Tabelle 3* ausweist – noch nicht einmal einen Anteil von 60 %. Die Wahlbeteiligung steigt dann kontinuierlich an und erreicht Werte von deutlich über 70 % bei den 50- bis 69jährigen. Bei den 70 Jahre und älteren Wählern geht sie dann wieder auf etwa 60 % zurück. Diese Ergebnisse machen deutlich, daß die vermeintliche „Wahlmüdigkeit“ im Zusammenhang mit Europawahlen, aber auch bei anderen Wahlen, differenzierter betrachtet werden muß. Bei der Europawahl 1994 zeigte die Wahlbeteiligung nicht nur die

Tabelle 3

Wahlberechtigte, Wähler sowie Wahlbeteiligung bei der Europawahl 1994 in Baden-Württemberg mit Vergleichsangaben von 1989 nach Geschlecht und Altersgruppen

Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik

Bezeichnung	Wahljahr Anteil (A) Veränderung (V)	Einheit	Wahlberechtigte bzw. Wähler	Davon im Alter von ... bis ... Jahren									
				18 - 20	21 - 24	25 - 29	30 - 34	35 - 39	40 - 44	45 - 49	50 - 59	60 - 69	70 und mehr
Männer													
Wahlberechtigte zusammen	1994	1 000	3 397,6	110,6	219,1	381,3	405,9	344,4	296,0	251,7	616,4	439,1	333,1
	A	%	100,0	3,3	6,4	11,2	11,9	10,1	8,7	7,4	18,1	12,9	9,8
	1989	1 000	3 267,2	154,8	303,3	392,0	329,2	279,4	238,5	303,6	564,2	390,0	312,3
	A	%	100,0	4,7	9,3	12,0	10,1	8,6	7,3	9,3	17,3	11,9	9,6
	V	%-Punkte	-	- 1,4	- 2,9	- 0,8	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,4	- 1,9	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,2
Wähler ohne Wahrschein	1994	1 000	2 073,6	69,7	115,4	193,1	220,4	203,6	188,3	164,2	412,4	306,7	199,7
	A	%	100,0	3,4	5,6	9,3	10,6	9,8	9,1	7,9	19,9	14,8	9,6
	1989	1 000	1 715,3	81,0	142,6	179,9	152,6	132,6	121,4	165,9	322,1	240,1	177,0
	A	%	100,0	4,7	8,3	10,5	8,9	7,7	7,1	9,7	18,8	14,0	10,3
	V	%-Punkte	-	- 1,3	- 2,7	- 1,2	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,0	- 1,8	+ 1,1	+ 0,8	- 0,7
Wahlbeteiligung ¹⁾	1994	%	66,1	65,9	56,0	55,1	58,4	63,7	67,3	70,1	72,4	76,7	68,0
	1989	%	57,0	55,4	51,3	50,2	50,3	50,5	54,4	58,9	61,3	67,9	63,5
	V	%-Punkte	+ 9,1	+ 10,5	+ 4,7	+ 4,9	+ 8,1	+ 13,2	+ 12,9	+ 11,2	+ 11,1	+ 8,8	+ 4,5
Frauen													
Wahlberechtigte zusammen	1994	1 000	3 799,8	108,2	213,7	367,0	386,1	333,3	291,2	252,6	629,1	511,8	706,9
	A	%	100,0	2,8	5,6	9,7	10,2	8,8	7,7	6,6	16,6	13,5	18,6
	1989	1 000	3 686,4	149,9	287,1	367,3	310,9	274,1	235,7	306,4	570,0	545,2	639,9
	A	%	100,0	4,1	7,8	10,0	8,4	7,4	6,4	8,3	15,5	14,8	17,4
	V	%-Punkte	-	- 1,3	- 2,2	- 0,3	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,3	- 1,7	+ 1,1	- 1,3	+ 1,2
Wähler ohne Wahrschein	1994	1 000	2 242,8	63,5	105,0	187,9	218,1	206,7	188,1	164,0	416,5	343,1	349,7
	A	%	100,0	2,8	4,7	8,4	9,7	9,2	8,4	7,3	18,6	15,3	15,6
	1989	1 000	1 826,6	70,2	118,6	159,3	135,4	129,2	121,8	163,0	315,0	319,3	294,7
	A	%	100,0	3,8	6,5	8,7	7,4	7,1	6,7	8,9	17,2	17,5	16,1
	V	%-Punkte	-	- 1,0	- 1,8	- 0,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,7	- 1,6	+ 1,4	- 2,2	- 0,5
Wahlbeteiligung ¹⁾	1994	%	64,3	62,0	53,1	55,2	61,0	66,1	68,1	69,9	72,2	73,6	56,1
	1989	%	54,0	50,1	44,5	47,0	46,9	50,4	55,1	57,1	59,8	64,4	52,1
	V	%-Punkte	+ 10,3	+ 11,9	+ 8,6	+ 8,2	+ 14,1	+ 15,7	+ 13,0	+ 12,8	+ 12,4	+ 9,2	+ 4,0
Männer und Frauen													
Wahlberechtigte zusammen	1994	1 000	7 197,4	218,8	432,8	748,4	792,0	677,7	587,2	504,3	1 245,5	950,9	1 040,0
	A	%	100,0	3,0	6,0	10,4	11,0	9,4	8,2	7,0	17,3	13,2	14,4
	1989	1 000	6 953,6	304,7	590,4	759,3	640,0	553,5	474,2	610,0	1 134,2	935,2	952,1
	A	%	100,0	4,4	8,5	10,9	9,2	8,0	6,8	8,8	16,3	13,4	13,7
	V	%-Punkte	-	- 1,4	- 2,5	- 0,5	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,4	- 1,8	+ 1,0	- 0,2	+ 0,7
Wähler ohne Wahrschein	1994	1 000	4 316,4	133,2	220,4	381,0	438,5	410,3	376,5	328,3	829,0	649,8	549,4
	A	%	100,0	3,1	5,1	8,8	10,2	9,5	8,7	7,6	19,2	15,1	12,7
	1989	1 000	3 541,8	151,2	261,2	339,1	288,0	261,8	243,2	329,0	637,1	559,4	471,7
	A	%	100,0	4,3	7,4	9,6	8,1	7,4	6,9	9,3	18,0	15,8	13,3
	V	%-Punkte	-	- 1,2	- 2,3	- 0,8	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,8	- 1,7	+ 1,2	- 0,7	- 0,6
Wahlbeteiligung ¹⁾	1994	%	65,2	64,0	54,6	55,1	59,7	64,9	67,7	70,0	72,3	75,1	59,9
	1989	%	55,4	52,8	48,0	48,6	48,7	50,5	54,7	58,0	60,6	65,9	55,9
	V	%-Punkte	+ 9,8	+ 11,2	+ 6,6	+ 6,5	+ 11,0	+ 14,4	+ 13,0	+ 12,0	+ 11,7	+ 9,2	+ 4,0
Geschlechterproportionen													
Weibliche Wahlberechtigte auf 1 000 männliche	1994	Anzahl	1 118	979	976	962	951	968	984	1 004	1 021	1 166	2 122
	1989	Anzahl	1 128	968	947	937	944	981	988	1 009	1 010	1 398	2 049
Weibliche Wähler ohne Wahrschein auf 1 000 männliche	1994	Anzahl	1 082	911	910	973	990	1 015	999	999	1 010	1 119	1 751
	1989	Anzahl	1 065	867	832	885	887	974	1 003	983	978	1 330	1 665

1) Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten ohne Wahrschein.

Tabelle 4
Ergebnisse der Europawahlen im Bundesgebiet und in den Ländern seit 1979

Länder/Bundesgebiet ¹⁾	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung	Gültige Stimmen	Davon						
				CDU ²⁾	SPD	GRÜNE	REP	FD.P.	PDS	Sonstige
				1 000	%	1 000	%			
Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979										
Schleswig-Holstein	1 899,3	65,6	1 240,8	47,9	43,7	2,7	–	5,2	–	0,5
Hamburg	1 261,4	66,4	832,6	36,9	52,2	3,5	–	6,3	–	1,1
Niedersachsen	5 290,2	70,0	3 677,2	45,8	44,7	3,6	–	5,3	–	0,6
Bremen	523,6	66,3	345,0	32,7	53,0	4,7	–	8,3	–	1,3
Nordrhein-Westfalen	12 284,8	67,4	8 219,6	45,8	44,6	3,0	–	5,8	–	0,8
Hessen	3 956,7	66,5	2 609,9	44,8	45,4	2,8	–	6,2	–	0,8
Rheinland-Pfalz	2 726,5	78,1	2 085,3	49,2	41,1	2,4	–	6,4	–	0,9
Baden-Württemberg	6 271,7	59,2	3 682,4	52,3	34,3	4,5	–	8,1	–	0,7
Bayern	7 714,6	58,9	4 507,7	62,5	29,2	2,9	–	4,7	–	0,8
Saarland	823,3	81,1	646,7	46,4	44,0	2,4	–	5,8	–	1,5
Bundesgebiet	42 751,9	65,7	27 847,1	49,2	40,8	3,2	–	6,0	–	0,8
Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984										
Schleswig-Holstein	1 993,6	57,5	1 134,1	44,4	39,9	8,2	–	4,5	–	3,0
Hamburg	1 250,8	58,4	721,7	36,6	42,0	12,7	–	4,9	–	3,8
Niedersachsen	5 524,2	61,0	3 333,7	43,0	40,5	8,2	–	4,9	–	3,3
Bremen	522,5	55,1	285,1	31,0	48,0	11,9	–	4,5	–	4,6
Nordrhein-Westfalen	12 657,7	59,4	7 430,0	42,8	41,7	8,0	–	4,2	–	3,2
Hessen	4 102,1	58,9	2 379,2	41,4	41,8	7,8	–	5,0	–	4,0
Rheinland-Pfalz	2 837,7	76,3	2 081,8	46,6	38,6	6,6	–	5,0	–	3,2
Baden-Württemberg	6 641,1	48,2	3 161,2	50,9	27,3	10,1	–	7,1	–	4,6
Bayern	8 092,7	46,2	3 689,6	57,2	27,6	6,8	–	4,0	–	4,5
Saarland	843,7	78,4	635,0	42,6	43,6	6,6	–	3,9	–	3,4
Bundesgebiet	44 466,0	56,8	24 851,4	45,9	37,4	8,2	–	4,8	–	3,7
Wahl zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989										
Schleswig-Holstein	2 057,4	58,4	1 191,3	36,4	44,4	6,7	4,6	5,3	–	2,6
Hamburg	1 251,8	56,5	701,9	31,5	41,9	11,5	6,0	6,2	–	3,1
Niedersachsen	5 661,3	63,2	3 547,7	35,9	42,0	8,4	4,8	5,8	–	3,1
Bremen	519,0	58,7	302,1	23,3	46,4	13,8	4,5	7,0	–	5,1
Nordrhein-Westfalen	12 926,8	62,3	7 988,9	35,7	43,6	7,9	4,1	5,7	–	3,0
Hessen	4 220,9	60,2	2 511,4	33,3	40,5	9,9	6,5	5,5	–	4,4
Rheinland-Pfalz	2 888,9	77,2	2 182,2	38,7	40,2	7,3	4,6	5,7	–	3,4
Baden-Württemberg	6 953,7	58,4	4 013,9	39,3	29,1	10,0	8,7	7,2	–	5,8
Bayern	8 450,8	61,1	5 123,4	45,4	24,2	7,8	14,6	4,0	–	4,0
Saarland	842,6	78,9	644,1	34,5	45,3	6,2	5,8	4,8	–	3,4
Bundesgebiet	45 773,2	62,3	28 206,7	37,8	37,3	8,4	7,1	5,6	–	3,7
Wahl zum Europäischen Parlament am 12. Juni 1994										
Schleswig-Holstein	2 110,5	51,3	1 071,2	40,6	35,5	11,9	2,1	3,8	0,7	5,4
Hamburg	1 245,0	51,7	637,1	32,1	34,6	18,4	3,1	3,7	1,4	6,7
Niedersachsen	5 881,3	52,7	3 063,6	39,7	39,6	9,8	2,4	3,9	0,7	3,9
Bremen	511,5	52,7	266,5	28,0	40,7	16,0	3,0	4,6	2,1	5,6
Nordrhein-Westfalen	13 105,1	59,5	7 715,3	37,0	40,1	11,2	2,7	4,3	0,6	4,1
Hessen	4 300,9	56,4	2 384,7	37,0	34,9	12,2	4,6	4,7	0,8	5,8
Rheinland-Pfalz	2 980,9	74,3	2 144,8	40,7	38,2	8,7	3,7	4,0	0,4	4,3
Baden-Württemberg	7 197,5	66,4	4 557,7	42,0	26,6	13,2	5,9	5,2	0,5	6,7
Bayern	8 758,6	56,4	4 895,9	48,9	23,7	8,7	6,6	3,3	0,4	8,3
Saarland	838,9	74,1	596,4	35,6	43,4	8,2	4,3	3,7	0,4	4,3
Berlin	2 513,1	53,5	1 325,1	28,4	28,1	14,3	3,3	3,2	15,9	6,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 380,5	65,8	844,4	33,6	22,5	4,8	2,6	2,3	27,3	6,9
Brandenburg	1 932,9	41,5	786,5	23,4	36,9	4,6	2,3	2,7	22,6	7,4
Sachsen-Anhalt	2 162,8	66,1	1 372,2	30,1	27,9	5,7	2,8	4,7	18,9	9,9
Thüringen	1 959,5	71,9	1 360,7	35,8	26,0	6,0	2,9	4,3	16,9	8,1
Sachsen	3 594,8	70,2	2 389,2	39,2	21,0	5,6	3,5	3,8	16,6	10,2
Bundesgebiet	60 473,9	60,0	35 411,4	38,8	32,2	10,1	3,9	4,1	4,7	6,3

1) 1979, 1984 und 1989 Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West. – 2) In Bayern CSU.

geschilderte altersspezifische Ausprägung, auch zwischen den Beteiligungswerten von Männern und Frauen sind Unterschiede festzustellen. Die Wahlbeteiligung der Männer lag um knapp 2 Prozentpunkte höher als bei den Frauen. Bei der Landtagswahl 1996 fielen die Beteiligungswerte im übrigen in den einzelnen Altersgruppen ähnlich aus wie bei der Europawahl 1994: einerseits eine relativ niedrige Wahlbeteiligung bei den jüngeren Altersgruppen, auf der anderen Seite ein deutlich höherer Wahleifer bei den älteren Wählern.

Baden-Württemberg und die anderen Länder

Vergleicht man die Ergebnisse der bisherigen Europawahlen in Baden-Württemberg mit denen in den anderen Bundesländern, so wird deutlich, daß – mit Ausnahme der letzten Europawahl 1994 – Baden-Württemberg in Sachen Wahlbeteiligung immer zu den Schlußlichtern zählte. So lag die Beteiligung der Baden-Württemberger 1979, 1984 und 1989 stets deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Während sich 1979 bundesweit knapp 66 % der Wahlberechtigten an der Europawahl beteiligten, machten in Baden-Württemberg lediglich gut 59 % von ihrem Wahlrecht Gebrauch (Tabelle 4). Auch 1984 lag der Wahleifer im Bund mit rund 57 % deutlich über der im Land (48,2 %). Und ebenso 1989 hatte Baden-Württemberg mit 58,4 % eine im Vergleich zum Bund (62,3 %) magere Beteiligungswerte vorzuweisen. Lediglich bei der letzten Europawahl 1994 zeigte sich ein anderes Bild: Bedingt durch die gleichzeitig mit der Direktwahl zum Europäischen Parlament abgehaltenen Kommunalwahlen wurde die bereits angesprochene relativ hohe Wahlbeteiligung erzielt, die deutlich über dem Bundesdurchschnitt lag. Aufgrund dieser Sonderentwicklung dürfte es bei der nun anstehenden Europawahl am 13. Juni 1999 sehr schwerfallen, wieder eine Wahlbeteiligung in dieser Höhe zu erreichen.

Auch hinsichtlich des Abschneidens der Parteien ergibt der Vergleich Baden-Württembergs mit den anderen Ländern ein sehr konstantes Bild: Durchgängig bei allen bisherigen Europawahlen haben die CDU, die Liberalen, die GRÜNEN sowie die REPUBLIKANER in Baden-Württemberg immer Spitzenergebnisse erzielt, während die baden-württembergische SPD bezüglich ihres Abschneidens bei Europawahlen immer am Ende der Rangliste der Länder stand. Dieses Gefüge hat sich auch bei der ersten gesamtdeutschen Europawahl nicht wesentlich geändert.

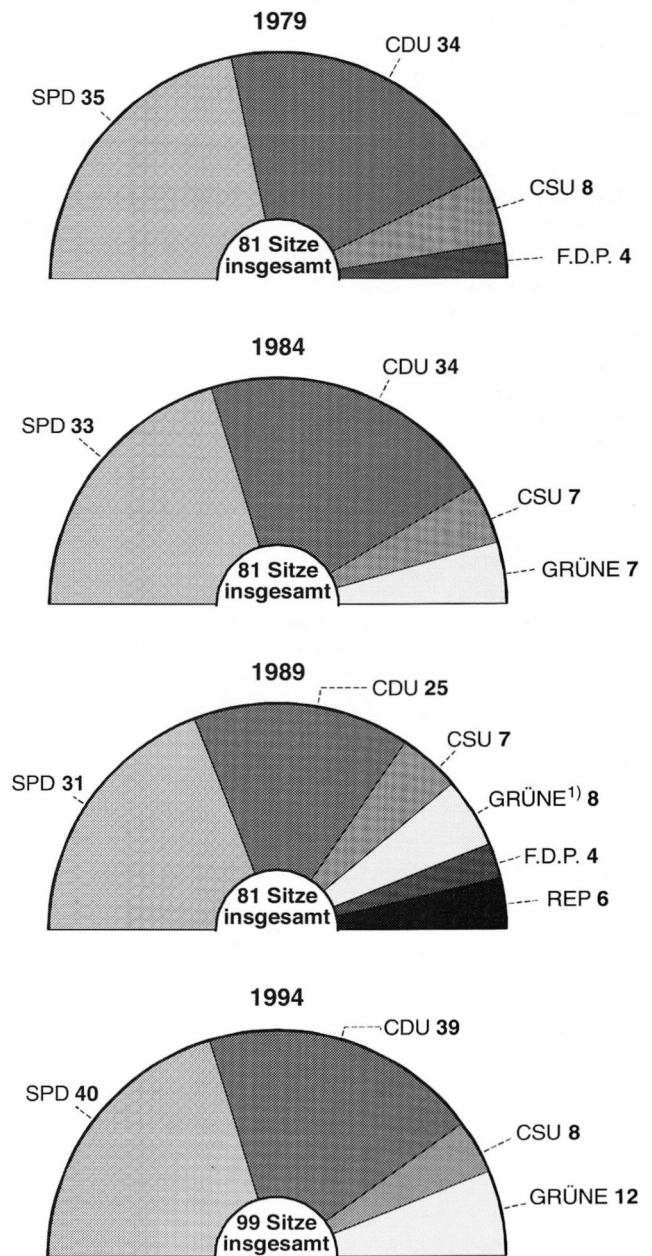
Die CDU hat bislang bei allen Wahlen zum Europäischen Parlament in Baden-Württemberg im Ländervergleich mit Abstand am besten abgeschnitten. Lediglich die Schwesterpartei CSU war in Bayern noch erfolgreicher. Während die CDU im Durchschnitt aller Europawahlen im Land auf rund 46 % der gültigen Stimmen kam, lag die Union im Bund lediglich bei 42,6 %. Auch die Durchschnittsergebnisse der GRÜNEN, der F.D.P. und der REPUBLIKANER waren in Baden-Württemberg bislang immer deutlich besser als in den anderen Ländern: So erhielt die F.D.P. – im Durchschnitt der vier bisherigen Europawahlen – im Land nahezu 7 %, im Bund nur 5,1 %. Die GRÜNEN kamen bundesweit auf 7,6 %, in Baden-Württemberg hingegen auf 9,7 %, und auch die REPUBLIKANER hatten im Land mit 7,2 % im Durchschnitt der letzten beiden Wahlen deutlich mehr Wähler hinter sich als im Bundesdurchschnitt (5,3 %).

Für die Sozialdemokraten hingegen gehört Baden-Württemberg zu den Diasporaländern. Im Durchschnitt der Europawahlen 1979 bis 1994 erzielte die SPD in Baden-Württemberg lediglich rund

29 % der gültigen Stimmen, bundesweit hingegen knapp 37 %. Schlechter als in Baden-Württemberg schnitten die Sozialdemokraten nur noch in Bayern ab.

Bei der Europawahl 1994, bei der erstmals auch die fünf neuen Länder teilnahmen, schnitt die SPD nicht nur in Baden-Württemberg und in Bayern, sondern teilweise auch in den östlichen Ländern schwach ab. Sowohl in Sachsen (21,0 %) als auch in Thüringen (26,0 %) und Mecklenburg-Vorpommern (22,5 %) war die SPD noch erfolgloser als in Baden-Württemberg (26,6 %).

Schaubild 3
Aufteilung der 81 bzw. 99 Sitze der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament auf die Parteien bei den Europawahlen seit 1979



1) Darunter 1 Sitz AL.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

162 99

Eine tiefe Kluft zwischen neuen und alten Bundesländern zeigt sich beim Abschneiden der PDS. Mit Ausnahme von Bremen (2,1 %) und Hamburg (1,4 %) verblieb die Nachfolgepartei der SED in allen westlichen Bundesländern und somit auch in Baden-Württemberg unter der 1%-Marke. In den neuen Ländern hingegen bekam die PDS von nahezu 20 % der Wähler die Stimme, so daß sie bundesweit auf 4,7 % kam. Damit ist die PDS zwar 1994 noch an der 5%-Hürde gescheitert, aufgrund der seitherigen Entwicklung hat sie aber durchaus Chancen auf Mandate im zukünftigen Europaparlament.

Verteilung der Mandate der Bundesrepublik – Abgeordnete aus Baden-Württemberg

Bei allen bisherigen Direktwahlen zum Europäischen Parlament bildete die CDU/CSU die stärkste Partei unter den deutschen Europaparlamentariern (*Schaubild 3*). Die Sozialdemokraten stellen bislang immer die zweitstärkste Partei, wobei sie bei der Europawahl 1989 nur knapp hinter der Union lag. Die Liberalen konnten bei den Europawahlen 1979 und 1989 jeweils vier Abgeordnete nach Straßburg entsenden, sowohl 1984 als auch 1994 sind sie an der 5%-Hürde gescheitert. Die GRÜNEN sind seit 1984 im Europaparlament vertreten, wobei sie seither unter den deutschen Abgeordneten die drittstärkste Kraft bilden. Den REPUBLIKANERN gelang zwar 1989 der Sprung ins Parlament, bei der letzten Europawahl 1994 blieben sie – ebenso wie die PDS – unter der 5%-Marke. Damit stellt sich sowohl für die REPUBLIKANER und die PDS, aber auch für die Liberalen die Frage, ob sie bei der Europawahl 1999 den Sprung ins Europaparlament (wieder) schaffen werden.

Von den 81 deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments hatten 1979 zwölf ihren Wohnsitz in Baden-Württemberg (CDU 6, SPD 5, F.D.P. 1). Unter den damaligen SPD-Abgeordneten befand sich auch die jetzige Heidelberger Oberbürgermeisterin *Beate Weber*, die bis 1990, als sie in ihrer Heimatgemeinde zum Stadt- oberhaupt gewählt wurde, Mitglied des Europäischen Parlaments war. Für die F.D.P. zog 1979 *Dr. Martin Bangemann*, der spätere Bundeswirtschaftsminister und EU-Kommissar, ins Europaparlament ein. 1984 stammten zehn der 81 deutschen Abgeordneten in Straßburg aus Baden-Württemberg (CDU 6, SPD 4) und 1989 elf (CDU 5, SPD 3, GRÜNE 1, F.D.P. 1 und REPUBLIKANER 1). Nach der Europawahl 1994, als die Zahl der deutschen Abgeordneten in Straßburg auf 99 erhöht worden war, hatten erneut elf Abgeordnete ihren Wohnsitz im Land (CDU 7, SPD 3, GRÜNE 1).

Ausblick auf die Europawahl 1999

Die genaue Zahl der bei der Europawahl 1999 wahlberechtigten Personen wird erst in der Wahlnacht zusammen mit dem vorläu-

figen amtlichen Wahlergebnis vorliegen, nachdem alle Kreiswahlleiter die Wahlberechtigtenzahlen zusammen mit dem Wahlergebnis ihres Stadt- oder Landkreises gemeldet haben.

Der bei Europawahlen wahlberechtigte Personenkreis setzt sich – wie auf Seite 221 erläutert – zusammen aus deutschen Wahlberechtigten sowie aus den Unionsbürgern, die sich in das Wählerverzeichnis eintragen ließen. Die Zahl der deutschen Wahlberechtigten kann vor der Wahl näherungsweise aus der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung abgeleitet werden. Die Zahl der bei der Europawahl 1999 potentiell wahlberechtigten Unionsbürger kann anhand der Daten aus dem Ausländerzentralregister vorausgerechnet werden. Am Jahresende 1997 hatte das Land Baden-Württemberg rund 10,4 Mill. Einwohner. Davon waren etwa 9,1 Mill. Deutsche, und knapp 1,3 Mill. Personen hatten eine ausländische Staatsbürgerschaft. Bei der Vorausrechnung der vorliegenden Daten bis zum Wahltermin am 13. Juni 1999 ergibt sich eine Zahl von gut 7,3 Mill. Deutschen im Alter von 18 und mehr Jahren, die bei der kommenden Europawahl wahlberechtigt sein werden. Unter der ausländischen Bevölkerung Baden-Württembergs befinden sich rund 328 000 erwachsene Personen, die Staatsbürger eines der anderen EU-Mitgliedsländer sind und für die die Möglichkeit besteht, sich in der Bundesrepublik Deutschland an der Wahl der Abgeordneten des Europaparlaments zu beteiligen. Nach diesen Vorausrechnungen wäre für die Europawahl 1999 mit insgesamt 7,6 Mill. Wahlberechtigten zu rechnen, wobei der Anteil der potentiell wahlberechtigten Unionsbürger bei 4,3 % läge. Nach den Erfahrungen der letzten Europawahl muß allerdings damit gerechnet werden, daß – wie an anderer Stelle bereits ausführlich beschrieben – nur ein Teil der Unionsbürger die Aufnahme in das Wählerverzeichnis beantragen wird. 1994 hatten nur rund 11 000 Unionsbürger die Aufnahme in das Wählerverzeichnis beantragt. Da die Unionsbürger bei der Europawahl 1999 bereits das zweite Mal die Gelegenheit haben, sich in Deutschland an dieser Wahl zu beteiligen, ist es eine interessante Frage, ob die vergleichsweise geringe Resonanz von 1994 bestehenbleibt.

Die Gruppe der deutschen und die der ausländischen Wahlberechtigten unterscheidet sich sowohl in ihrer Altersstruktur als auch in ihrer Zusammensetzung nach Männern und Frauen deutlich. Während unter den deutschen Wahlberechtigten die Frauen mit rund 52 % leicht in der Mehrzahl sind, befinden sich unter den potentiell wahlberechtigten EU-Ausländern nur knapp 44 % Frauen. Des weiteren ist die Gruppe der Unionsbürger im Schnitt wesentlich jünger als die der deutschen Wahlberechtigten. So sind lediglich rund 7 % der Unionsbürger 65 Jahre und älter, von den deutschen Wahlberechtigten gehört jeder fünfte zu dieser Altersgruppe. Umgekehrt sind nur rund 16 % der deutschen Wahlberechtigten unter 30 Jahre alt, von den Unionsbürgern hingegen rund ein Viertel.

Monika Hin/Joachim Werner